

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Anja Mandt

Ausschussmitglied Sven Schoolmann

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Detlef Schön

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld

Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ratsherr Walther Schäfer in Vertretung für das Ausschussmitglied Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Olaf Fischer

Ratsherr Stefan Becker in Vertretung für das Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Seniorenbeirat

beratendes Mitglied Dr. Franz Köster

Dezernent

Stadtbaurat Niksa Marušić

Von der Verwaltung

Betriebsleiterin GGS Petra Burmeister

Betriebsleiter GGS Tim Menke

Protokollführerin

Protokollführerin Eigenbetrieb GGS Lavinia-Sharon Stang

Es fehlte

Grundmandat Detlef Stump

beratendes Mitglied Kathrin Müller

als Gast

Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung BGGs, KuW, APB und FiWiTH vom 21.05.2024
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 06.06.2024
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Antrag der SPD- Fraktion: Errichtung eines Aussichtsturms am JadeWeserPort **544/2024**
Wilhelmshaven
- 4.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: „Prüfung von Flächen im Stadtgebiet für das Wohnen in Tiny Häusern“ **552/2024**
- 4.3 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN: „Prüfung Projekt Gleispark Wilhelmshaven“ **553/2024**
- 4.4 Erstattung weitere Aufwendungen für Provisorium 29 **181/2024**
- 4.5 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS **186/2024**
- 4.6 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für Stromtrassen **191/2024**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Jadestadion
- 5.2 Ratskeller
- 5.3 Verschönerung Jadezentrum/PiZ
- 5.4 Sachstand Seipelhalle
- 5.5 Sachstand Kinder- und Jugendbibliothek
- 5.6 Sachstand MDS
- 5.7 Sachstand TWWP
- 5.8 Sachstand Technisches Rathaus
- 5.9 Sachstand Rückbau Litfaßsäulen

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Mandt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in vorliegender Form festgestellt.

Auf die Wortmeldung des **Herrn Tönjes** teilte **Herr Marušić** mit, dass Beschlussvorlage 174/2024 – Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag Veranstaltungszentrum WHV in der nächsten BGGs Sitzung am 05.09.2024 erneut eingebracht werden würde.

*Herr Schaar/Br. Franziskus nahm verspätet
um 10:02 Uhr an der Sitzung teil.*

Der Tagesordnung wurde mit **9 x Ja-Stimmen, 0 x Nein-Stimmen und 0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt.**

3 Genehmigung der Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung
BGGs, KuW, APB und FiWiTH vom 21.05.2024

Der Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung BGGs, KuW, APB und FiWiTH vom 21.05.2024 wurde mit **7 x Ja-Stimmen, 0 x Nein-Stimmen und 2 x Enthaltung einstimmig zugestimmt.**

3.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des
Betriebsausschusses GGS vom 06.06.2024

Der Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 06.06.2024 wurde **7 x Ja-Stimmen, 0 x Nein-Stimmen und 2 x Enthaltung einstimmig zugestimmt.**

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Antrag der SPD- Fraktion: Errichtung eines Aussichtsturms am 544/2024
JadeWeserPort
Wilhelmshaven

Herr Schön führte in das Thema ein.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Fischer, Schön, Becker, Schoolmann, Tönjes, Marušić, Stoemer und Frau Mandt.**

Herr Schön zog aufgrund der vorangegangenen Diskussion bzgl. einer Umformulierung und der Aufnahme einer Kostenübernahme durch Investoren die Beschlussvorlage zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Am Ende der Arthur-Grunewald-Straße soll ein Aussichtsturm errichtet werden, um Einheimischen und Touristen eine bessere Aussicht auf den Hafen zu ermöglichen.
2. Der Standort des Aussichtsturms soll so gewählt werden, dass der direkte Zugang und die Sicht auf den JadeWeserPort gewährleistet sind, ohne durch den bestehenden Zaun behindert zu werden.
3. Der Aussichtsturm soll als kostengünstige und attraktive

Ergänzung zur bestehenden Infrastruktur des JadeWeserPorts geplant und umgesetzt werden.

Begründung:

Der JadeWeserPort in Wilhelmshaven ist ein beliebtes Ausflugsziel sowohl für Touristen als auch für Einheimische. Derzeit nutzen viele Besucher den kleinen Berg beim Infocenter oder gehen den Weg zum JWP, um einen besseren Blick auf den Hafen zu erhaschen. Leider ist die Sicht vom kleinen Berg mittlerweile durch neu errichtete Hallen versperrt, sodass dieser Standort keine optimale Aussicht mehr bietet.

Ursprünglich war geplant, am Ende der Straße zum JWP einen Aussichtsturm zu errichten. Dieser Plan wurde jedoch nicht umgesetzt, und stattdessen versperrt nun ein Zaun den direkten Weg zur Aussicht.

Ein Aussichtsturm würde die Attraktivität des JadeWeserPorts erheblich steigern und ein kostengünstiges Highlight für den Tourismus in Wilhelmshaven darstellen. Vergleichbare Projekte, wie in Hamburg, haben gezeigt, dass Aussichtspunkte am Hafen ein Magnet für Besucher sind und zu beliebten Hotspots werden. Ein solcher Aussichtsturm würde nicht nur die touristische Anziehungskraft erhöhen, sondern auch Einheimischen eine neue Möglichkeit bieten, die beeindruckende Hafenlandschaft zu genießen.

Wir bitten den Rat der Stadt Wilhelmshaven um positive Entscheidung dieses Antrags und die zeitnahe Umsetzung.

4.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: „Prüfung von Flächen im Stadtgebiet für das Wohnen in Tiny Häusern“ **552/2024**

Herr Schaar/Br. Franziskus führte in das Thema ein und beantragte eine *getrennte Abstimmung*.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Fischer, Stoemer, Marušić, Schön** und **Schaar/Br. Franziskus**.

Herr Schön teilte mit, keine Zustimmung zu erteilen, da dies eine Privatangelegenheit sei und keine Verwaltungsaufgabe sei. **Frau Mandt** und die **Herren Schoolmann und Tönjes** schlossen sich den Ausführungen des **Herrn Schön** an.

Die getrennte Abstimmung ergab folgende Ergebnisse:

Punkt 1.: **3 x Ja**-Stimmen, **6 x Nein**-Stimmen, **0 x Enthaltung**

Punkt 2.: **0 x Ja**-Stimmen, **6 x Nein**-Stimmen, **3 x Enthaltung**

Punkt 3.: **1 x Ja**-Stimmen, **6 x Nein**-Stimmen, **2 x Enthaltung**

Punkt 4.: **1 x Ja**-Stimmen, **8 x Nein**-Stimmen, **0 x Enthaltung**

Punkt 5.: **1 x Ja**-Stimmen, **8 x Nein**-Stimmen, **0 x Enthaltung**

Punkt 6.: **3 x Ja**-Stimmen, **6 x Nein**-Stimmen, **0 x Enthaltung**

Die Beschlussvorlage wurde **abgelehnt**.

Beschluss: **-getrennte Abstimmung-**

1. Der Rat der Stadt begrüßt grundsätzlich die Schaffung von Möglichkeiten zur Ansiedlung von Tiny Houses/Tiny Häusern (Minihäusern) als eine alternative innerstädtische Wohnmöglichkeit.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Standorte für das Aufstellen und die Ansiedlung von Tiny Häusern auf städtischem Grund zu identifizieren und notwendige Maßnahmen sowie Kosten (Vorbereitung der Fläche, Prüfung der Schadstoffbelastung des Bodens etc.) zu benennen.
3. In der Prüfung sollen im Stadtgebiet verschiedene Standorte gefunden und benannt werden. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten, für Interessenten kleine Flächen zu mieten oder zu pachten. Grundsätzlich sollen die auszuweisenden Flächen im städtischen Besitz verbleiben. Bestehende Park- und Grünflächen sollen nicht herangezogen werden, um weitere Versiegelungen zu vermeiden.
4. Geprüft werden soll, ob bei der Entwicklung neuer Baugebiete auch Grundstücke für die Nutzung von Tiny Häusern angeboten können. Bei fehlender Nachfrage könnten diese nachträglich zusammengefasst und als reguläre EFH-Grundstücke veräußert werden.
5. Ergänzend wird die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, Überlegungen zur Schaffung einer dedizierten Tiny Haus-Kleinsiedlung als Modellprojekt für dauerhaft nachhaltiges ökologisches und klimafreundliches Wohnen zu prüfen. Dabei sind die Möglichkeiten staatlicher oder anderer Förderungen für dieses Projekt einzubeziehen auch um die Kosten für alle Beteiligten und Nutzer*innen gering zu halten.
6. Dem Rat der Stadt ist in spätestens zwölf Monaten zu berichten.

Begründung:

Zur Steigerung der Attraktivität der Stadt gehört auch die Schaffung von Wohnangeboten jenseits der üblichen Wohnformen. Umfragen und Untersuchungen haben gezeigt, dass die Nutzung von Tiny Houses unterschiedliche Zielgruppen anspricht. Als Beispiele seien

genannt: - Junge Menschen in Ausbildung oder Studium mit beschränkten finanziellen Mitteln, die eigenständig leben möchten, jedoch nicht in einer klassischen Mietwohnung - Alleinstehende und Paare in allen Lebensaltern, die einen reduzierten Lebensstil oder mehr Minimalismus ausprobieren oder dauerhaft leben wollen - Ältere oder berentete Menschen, die sich nach dem Berufsleben eine andere Lebensweise und einen anderen Alltag wünschen oder im Rentenalter auf die Reduzierung von Mietkosten angewiesen sind - Menschen, die im Sinne von Nachhaltigkeit und Selbstversorgung Wert darauf legen, ressourcenschonend, naturnah und teilweise von im eigenen Garten angebauten Nahrungsmitteln zu leben. Städtische Grundstücke könnten beispielsweise zeitlich klar befristet (z.B. für jeweils 24 Monate oder länger mit einvernehmlicher, jährlicher Verlängerungsmöglichkeit) an Besitzer*innen von Tiny Houses vermietet werden. Vorschläge dazu werden von der Verwaltung erbeten.

4.3 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN: „Prüfung Projekt Gleispark Wilhelmshaven“ **553/2024**

Herr Schaar/Br. Franziskus führte in das Thema ein und beantragte eine *getrennte Abstimmung*.

Der Ausschuss begrüßte diese Vorlage ausdrücklich.

Herr Schaar/Br. Franziskus war sehr erfreut über die positive Unterstützung der Ausschussmitglieder und zog aufgrund der Einigkeit den Antrag auf getrennte Abstimmung zurück.

Der Beschlussvorlage wurde mit **7 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt bittet die Verwaltung um Prüfung, wie die städtische Freifläche am Bahnübergang Mitscherlichstraße (Ecke Luisenstraße und Ebertstraße) zu einer attraktiven, modernen und inklusiven und öffentlichen Freizeitfläche für Menschen verschiedener Altersgruppen und Freizeitinteressen umgestaltet werden könnte.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche räumlichen Möglichkeiten die vorhandene Fläche erlauben würde und welche notwendigen Maßnahmen und Kosten (Vorbereitung der Fläche, Prüfung der Schadstoffbelastung des Bodens etc.) zu erwarten wären.
3. Zur Finanzierung des Vorhabens „Gleispark Wilhelmshaven“ soll

geprüft werden, welche evtl. Fördermöglichkeiten aus Bundes- und Landesmitteln sowie aus den Kohlestrukturhilfen (siehe Gegenstand der Förderung wie 2.1., 2.1.4. Stadt- und Regionalentwicklung und 2.1.6. touristische Infrastruktur) für einen „Gleispark Wilhelmshaven“ zur Verfügung stehen könnten.

Begründung

Nach der Pandemiezeit und zur Weiterentwicklung einer sozialen Stadt mit Zukunft ist es wichtig, für junge Menschen gute Freizeitmöglichkeiten zu schaffen, um ihre soziale Interaktion und körperliche Aktivität zu fördern. Dies bietet die Chance, Isolation und Bewegungsmangel entgegenzuwirken sowie die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Zudem können durch vielfältige Freizeitangebote positive Entwicklungsimpulse gesetzt werden, die zur Entfaltung von Talenten und Fähigkeiten beitragen.

Es sollten daher auf der vorgeschlagenen Fläche insbesondere für junge Menschen Möglichkeiten geschaffen werden, um sich sportlich zu betätigen und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, um die Gesundheit zu fördern, soziale Kontakte knüpfen zu können und sich selber zu erproben. Dies trägt zur körperlichen und geistigen Entwicklung bei und könnte helfen, negative Verhaltensweisen zu vermeiden. Insbesondere die Nähe eines Projekts „Gleispark Wilhelmshaven“ zur Nordseepassage und zum Bahnhof würde für Kinder und Jugendliche eine gute Alternative (zum Aufenthalt auf dem ZOB bzw. den Bahnsteigen) schaffen. Die Schaffung einer innerstädtischen, gut gestalteten Fläche für Freizeit und Sport für alle Menschen steigert die Lebensqualität und das Wohlbefinden. Am vorgeschlagenen Standort eines „Gleispark Wilhelmshaven“ wäre die Fläche gut erreichbar und - ähnlich dem Gleispark am Oldenburger Bahnhof - ein attraktiver Bereich in Bahnhofsnähe auch für Menschen, die per Bahn in die Stadt kommen. Das Stadtbild könnte attraktiver werden und alle davon profitieren. Auch für Menschen in Einsamkeit wäre es wichtig, Möglichkeiten für Bewegung und soziale Interaktion in ihrer wohnortnahen und damit unmittelbaren Umgebung vorzuhalten. Die innerstädtische Freizeit- und Sportfläche böte - wenn sie fantasievoll, modern und klug gestaltet wird - vielen Bürger*innen die Chance, fit zu bleiben, neue Aktivitäten auszuprobieren und im Kontakt zu anderen Menschen aus den Stadtteilen Bant, Südstadt und dem Innenstadtbereich zu sein.

Um die Akzeptanz eines „Gleispark Wilhelmshaven“ zu steigern, wäre es daher wichtig, auf der innerstädtischen Fläche verschiedene Sportarten und Aktivitäten anzubieten, die für unterschiedliche Zielgruppen geeignet sind. Dazu könnten beispielsweise eine Ballspielfläche, ein Bolzplatz, eine Skaterbahn, ein Basketballkorb,

Tischtennisplatten, Fitnessgeräte im Freien, Boule-Bahnen oder ein Beach Bar-Café gehören. Auch verschiedene Sitzgelegenheiten zum Ausruhen und Beobachten sowie eine eigene Naturfläche, die in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden gestaltet werden könnte, sollten berücksichtigt werden. Ebenso sollten garantierte barrierefreie und inklusive Zugänge eingeplant werden. Möglicherweise ist auch Platz für eine separierte kleine Hundefreilauffläche auf der Fläche denkbar. Wir bitten für diesen Prüfauftrag „Gleispark Wilhelmshaven“ um Zustimmung des Rates.

4.4 Erstattung weitere Aufwendungen für Provisorium 29

181/2024

Frau Burmeister führte in das Thema ein.

Frau Mandt bezweifelte, dass die Verantwortung für die Mehrkosten eindeutig bei der Stadt läge, so dass keine Verpflichtung zur anteiligen Zahlung der angeforderten Summe bestünde. Zudem kritisierte sie, dass seitens der Landesbühne die Mietzahlungen an die Stadt aufgrund der Erstattungsforderung eingestellt wurden.

Nach eingehender Diskussion wurde deutlich, dass der Ausschuss der Beschlussvorlage ohne weitere Informationen nicht zustimmen könne.

Herr Becker beantragte *die Vertagung*.

Dem Vertagungsantrag wurde mit **9 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Frau Mandt und **Herr Schön** regten an, den ersten Stadtrat Herrn Armin Schönfelder sowie den Geschäftsführer der Landesbühne Olaf Strieb zur nächsten BGGS Sitzung am 05.09.2024 einzuladen.

Beschluss: **-vertagt-**

1. Als Ausgleich für die höheren Aufwendungen zur Errichtung der Ausweichspielstätte „Provisorium 29“ wird der Zahlung eines Betrages in Höhe von 45.452,81 € an die Landesbühne Niedersachsen (LBNN) zugestimmt
2. Mit dieser Zahlung sind alle weiteren Zahlungsansprüche der LBNN gegenüber der Stadt abgegolten
3. Die Zahlung des Ausgleichsbetrages wird Zug um Zug mit den noch ausstehenden Mietzahlungen der LBNN an die Stadt fällig
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zahlung des Ausgleichsbetrages im Wirtschaftsplan von GGS und im Haushalt der Stadt eine entsprechende Deckung zu schaffen

4.5 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS

186/2024

Frau Burmeister führte in das Thema ein.

Auf die Nachfrage von **Frau Mandt**, ob hier tatsächlich keine personellen Auswirkungen zu erwarten seien, teilte **Frau Burmeister** mit, dass kein neues Personal eingestellt werden müsse, jedoch durch den Mehraufwand mit einer Zeitverzögerung zu rechnen sei.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **9 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderungssatzung zu der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ gemäß Anlage.

4.6 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für Stromtrassen **191/2024**

Frau Burmeister führte in das Thema ein.

Herr Tönjes teilte mit, aufgrund fehlender Rücksprache in der Gruppe sich an der Abstimmung zu enthalten.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **8 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat stimmt der Anwendung der Entschädigungshöhe des § 5 a Abs. 2, Satz 2 StromNEV für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für Stromtrassen zu. Sofern diese mit den Betreibern vereinbart wird, ist kein vorheriger Beschluss durch ein politisches Gremium notwendig, um die Zuschläge für eine gütliche Einigung aus § 5 a Abs. 3 StromNEV nicht zu gefährden. Über die tatsächliche Entschädigungshöhe ist der Rat zu informieren.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Jadestadion

Frau Burmeister informierte, dass die eingestellten Mittel zur Sitzschalenerneuerung zugunsten der Instandsetzung der Lautsprecheranlage

eingesetzten werden würden.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.2 Ratskeller

Frau Burmeister informierte, dass die Ausschreibung veröffentlicht wurde.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.3 Verschönerung Jadezentrum/PiZ

Frau Burmeister informierte, dass die Mittel auf 25.000,00 € aufgrund des großen Zulaufes aufgestockt wurden.

Herr Becker war sehr erfreut über das Ergebnis der Verschönerung.

Auf Nachfrage des **Herrn Schön**, teilte **Frau Burmeister** mit, dass das Budget für eine pauschale Kostenbeteiligung z.B. für die Materialien (Farben etc.), Gagen der Künstler und die Aufstellung des Gerüsts an die WTF verwendet wurde.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.4 Sachstand Seipelhalle

Herr Schön bat um Mitteilung des Sachstandes.

Frau Burmeister teilte mit, dass die Beschlussvorlage für den Verwaltungsvorstand durch das Jugendamt in Bearbeitung sei.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.5 Sachstand Kinder- und Jugendbibliothek

Herr Tönjes bat um Mitteilung des Sachstandes.

Herr Menke teilte mit, dass die Planungsaufträge vergeben wurden. Erforderlich sei auch eine statische Untersuchung des Hauptgebäudes aufgrund von Setzungen.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.6 Sachstand MDS

Herr Stoemer bat um Mitteilung des Sachstandes.

Herr Marušić teilte mit, dass eine ausführliche Sachstandsmitteilung in der nächsten gemeinsamen Sitzung mit dem Schulausschuss im September 2024

geplant sei.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.7 Sachstand TWWP

Herr Tönjes bat um Mitteilung des Sachstandes.

Herr Menke teilte mit, dass die Planungsphasen im Zeitplan lägen und man sich in letzten Abstimmungen mit der fachlichen Prüfbehörde der Fördermittelgeber befände. Der Baubeginn soll in 2025 starten.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.8 Sachstand Technisches Rathaus

Herr Becker bat um Mitteilung des Sachstandes.

Herr Menke teilte mit, dass die Aufträge für ein Sanierungskonzept im 3. Quartal vergeben werden sollen.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.9 Sachstand Rückbau Litfaßsäulen

Herr Tönjes bat um Mitteilung des Sachstandes.

Frau Burmeister teilte mit, dass der Sachstand den Ausschussmitgliedern per E-Mail mitgeteilt werden würde.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Herr Schaar/Br. Franziskus verließ um 11:09 Uhr die Sitzung.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 11:30 Uhr

gez.

Marušić
Stadtbaurat

gez.

Mandt
Vorsitzende

gez.

Stang
Protokollführerin